

12. Jahrestag des Internationalen Komplotts gegen Öcalan

... ein Angriff

Am 9. Oktober 1998 wurde Herr Öcalan von einem internationalen und regional-reaktionären Bündnis, in das auch Europa involviert war, zum Verlassen des Mittleren Ostens gezwungen.

... ein Ziel

Damit wurde der Startschuss für die Bekämpfung des Strebens der Kurden nach Frieden und Freiheit gegeben. Mit der Absicht, das Ansehen von Herrn Öcalan als Repräsentant der Kurdinnen und Kurden zu zerstören und die Bevölkerung von ihm zu entfremden, sollte auch die Region in ein Chaos endloser Auseinandersetzungen gestürzt werden.

... die Realität

Doch war es Herr Öcalan, der unter Achtung der universellen Werte der Menschheit die Demokratie- und Friedensbestrebungen vertieft und die Kurden von einer Spirale der Gewalt und daraus resultierenden Kriegen ferngehalten hat. Auch die harten Isolationshaftbedingungen, sein stark angegriffener Gesundheitszustand und die permanenten Angriffe gegen seine Person haben ihn bis heute nicht von seinen auf politische Lösungen orientierte Überzeugungen abbringen können.

... das Ergebnis

Diese Haltung von Herrn Öcalan und die unermühten friedenspolitischen Bemühungen der kurdischen Seite werden das internationale Komplott im Hinblick auf seine Ziele, Absichten, Methoden und Ergebnisse letztlich als gescheitert in die Geschichte eingehen lassen.

... die Gegenwart

Die Kurden haben mit dem Boykott des Referendums zur völlig unzureichenden Änderung der seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 geltende Verfassung gezeigt, dass die von ihnen geforderte „demokratische Autonomie“ innerhalb der türkischen Staatsgrenzen die passendste Lösungsformel der kurdischen Frage ist. Eine demokratische Türkei und ein demokratisches, autonomes Kurdistan ist eine Formel, die nichts mit Separatismus zu tun hat, sondern ein Weg zur Selbstverwaltung der Menschen und zu einem freien Leben mit eigener Kultur und Identität sein soll.

In diesem Sinne hat Herr Öcalan die jeweiligen Seiten – Türkei und die Kurden, DTK (Demokratischer Gesellschaftskongress) und BDP (Partei für Frieden und Demokratie) – zu Verhandlungen aufgerufen. Trotz anhaltender Repression gegen die Bevölkerung, Bürgermeister, Poli-

tikerInnen und gegen zivilgesellschaftliche Einrichtungen setzt die kurdische Seite auf eine politische Lösung der Konflikte und hat deshalb eine Verlängerung der Waffenruhe bis in das kommende Jahr erklärt. Diese Chance sollte genutzt werden!

... ein Aufruf

Das kurdische Volk fordert eine Autonomie, in der grundlegende kulturelle, soziale und politische Rechte gewährleistet werden. Auch hier sollte auf die Türkei eingewirkt und der zaghaft begonnene Konfliktlösungsweg von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden. Die Zeit ist schon lange reif für Frieden in Kurdistan und Demokratie im Mittleren Osten.

In diesem Sinne fordern wir von den europäischen Staaten insbesondere im Rahmen der Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei, ihren Einfluss für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage geltend zu machen – auch und gerade im Hinblick auf ihre rechtlichen und moralischen Verpflichtungen. Gleichzeitig erwarten wir ein Ende der Repression gegen Kurdinnen und Kurden und setzen auf eine Praxis des Dialogs und der politischen Auseinandersetzung. Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan – Demokratie im Mittleren Osten! (YEK-KOM, 9.10.)

Karayilan: Türkei bereitet sich auf Militäroperation vor

Murat Karayilan sprach am Dienstag über das Radio zur kurdischen Guerilla. Er wies auf die Bemühungen der Türkei hin, die kurdische Bewegung mit einer breit angelegten Militäroperation zu vernichten. Er erklärte, die letzten diplomatischen Bemühungen der Türkei deuteten auf Vorbereitungen einer Militäroperation hin.

Der türkische Innenminister Besir Atalay besuchte in den letzten zwei Wochen Irak, Syrien und kurdische Städte an der Grenze. Diese diplomatischen Bemühungen mit den Vereinigten Staaten und regionalen Kräften hätten das Ziel, die kurdische Bewegung in militärische, ökonomischer und politischer Hinsicht niederzuringen, so Karayilan. „So wollen sie ihre Lösung in Kurdistan

durchsetzen.“ Karayilan wies auch auf die verstärkte türkische Unterstützung kurdischer Bewegungen in Kurdistan hin. „Die Türkei versucht, eine alternative politische Bewegung zur PKK zu kreieren. Sie wollen politische Dorfschützer gestalten“ sagte er. Über die Verhandlungen mit dem Vertreter der KurdInnen, Abdullah Öcalan, sagte Karayilan, diese seien „strategisch“. Er sagte, für die kurdische Bewegung habe eine neue Phase mit neuen Methoden begonnen. Karayilan sagte auch, wenn die türkische Regierung bestimmte Schritte unternähme, werde die kurdische Seite den Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit verlängern. Aber wenn nicht, werde die kurdische Seite sich neue Optionen offenhalten.

Die Polizeioperationen gegen die Partei für Frieden und Demokratie BDP nannte Karayilan türkische Politik der Kriminalisierung der kurdischen politischen Bewegung. „Sie beschuldigen die BDP Mitglieder, sie seien Mitglieder der KCK. Wir sind die KCK und wir sind hier. Wir haben keine Verbindung mit den beschuldigten kurdischen Politikern“, so Karayilan.

Er rief die Guerilla auf, den Waffenstillstand zu respektieren und Auseinandersetzungen mit der Armee zu vermeiden. Aber er sagte auch, das Recht auf Selbstverteidigung sei ein natürliches Recht und die Guerilla sollte sich aggressiv verteidigen, wenn sie angegriffen werde.

(ANF, 6.10, ISKU)

Meldungen

Verteidigt die Meinungsfreiheit – Finger weg von Roj TV!

40 Millionen Kurden in der ganzen Welt sehen die Sendungen von ROJ TV. Das versucht die dänische Regierung auf Druck von der Türkei zu stoppen! Roj TV ist das größte kurdische Medium und eines der größten Medien in der Türkei. Die Türkei drängt die dänische Regierung, die Sendelizenz von Roj TV, mit dem Kampf gegen den Terrorismus als Vorwand, einzuziehen. Den Kurden geht es um Meinungsfreiheit, um Nachrichten und Kultur in einer Sprache zu verbreiten, die die türkische Regierung seit vielen Jahrzehnten unterdrückt. Deshalb: Finger weg von ROJ TV! Unterschriftenliste unter www.isku.org

Keine „demokratische Öffnung“ in den Gefängnissen der Türkei

„Es gibt keine demokratische Öffnung in den Gefängnissen der Türkei“, so das frühere Mitglied der nun verbotenen DTP Nedim Taş, der vor kurzem nach einer 19-monatigen Gefängnisstrafe nach der „KCK-Operation“ entlassen wurde. Laut Nedim Taş, sind intensive Isolation, Mangel an medizinischer Versorgung, keine Amnestie für kranke Gefangene, zunehmende physische Beschwerden aufgrund von schlechten Verhältnissen, überfüllte Baracken, starker Druck auf Besucher, wie auch gegen Gefangene, kein Recht die Mitgefangenen zu sehen, Drangsalierung auf dem Transport zu Krankenhaus oder Gericht, keine Publikationen oder Briefe in Kurdisch, und extrem begrenzte Zeit auf dem Gefängnishof die Probleme, mit denen die Gefangenen nach der „Demokratischen Öffnung“ zu tun haben. (DIHA, 5.10, ISKU)

Kind bei Explosion getötet

Ahmet I. (12) und Ramazan İ. (12) spielten in der Nähe ihres Zuhauses in dem Dorf Gumusyazi in der Nähe der Kreisstadt Basê (Guclukonak). Augenzeugen berichteten, dass die Kinder etwas fanden und es in die Hände nahmen und es daraufhin zu einer Explosion kam. Wie sich wenig später herausstellte, fanden die Kinder militärische Munition, die in den Händen von Ahmet I. explodierte. Ahmet I. wurde auf der Stelle getötet, sein Freund Ramazan İ. schwer verletzt.

(ANF, 5.10., ISKU)

BDP-Mitglieder in Riha verhaftet

Bei einer Operation im Rahmen der KCK Verfolgung wurden in Urfa am Wochenende 24 Menschen verhaftet. Mittlerweile sind 16 von ihnen wieder auf freiem Fuß, die übrigen 8 wurden in Haft genommen, darun-

ter zwei RegionalvertreterInnen der BDP sowie eine Frau mit ihrem 3-jährigen Sohn. Die Anklagen beziehen sich auf Telefonmitschnitte, in denen über eine Shampoo-Marke gesprochen wird. Anwalt Bekir

Benek erklärte, dies würde den Angeklagten von der Staatsanwaltschaft als verschlüsselte Botschaften auslegt, Menschen zur Organisation in die Berge bringen zu wollen. Der BDP-Parlamentsabgeordnete Binici sagte: "Selbst sich nach der Gesundheit einer Person zu erkundigen, wird einem als Verbrechen ausgelegt. Das Telefonat mit dem Regionalvertreter wurde genau protokolliert. Ein Parlamentsabgeordneter wird abgehört und die RegionalvertreterInnen werden mit phantasierten Beweisen angeklagt. Unsere Partei soll zu Terroristen gemacht werden." Die Anklage sei so lächerlich, dass sich selbst Polizeibeamte und Strafverfolger bei der Befragung nicht das Lachen verkneifen konnten, so ein Prozessbeobachter der Zeitung Azadiya Welat.

Hintergrund war die Befreiung eines minderjährigen Mädchens aus den Händen einer Zuhälterbande und ihre Unterbringung in einem Frauenhaus in Amed (Diyarbakir). Das Mädchen war von der Bande anschließend unter Druck gesetzt worden und hatte ausgesagt, sie solle in die Berge geschickt werden.

Rechtsanwalt Benek gibt zu bedenken: "Diejenigen, die sich anschicken, demokratische Politik zu machen, sollen sich lieber um die Probleme der Gesellschaft kümmern. Während unsere Partei ihr bestes gibt für eine friedliche Atmosphäre mit Erklärungen, Aktivitäten und ihren Bemühungen um die kurdische Frage, werden Exekutiv- und Regionalvertreter gefangen genommen."

Und Parlamentsabgeordneter Binici fügt hinzu: "Die AKP, die denkt, die BDP mit der Festnahme von RegionalvertreterInnen in Riha (Urfa) schwächen zu können, kann man nicht mehr falsch verstehen. Die Menschen von Riha (Urfa) werden die AKP bei den Wahlen 2011 abstrafen. Sie sollten mit ihren schmutzigen Händen nicht die sauberen Türen der BDP berühren."

(ANF, 5.10., ISKU)

Erklärung des BDP-Frauenrats

In einer schriftlichen Erklärung hat der BDP-Frauenrat darauf hingewiesen, dass der Großteil der Betroffenen der jüngsten Verhaftungswelle in Riha (Urfa) Frauen sind; das eigentliche Ziel dieser Repression sei es, Frauen daran zu hindern, eine alternative Politik zu machen. „Die Vorfälle in Riha (Urfa) weisen auf die Angst und Besorgnis hin, die das System vor uns politisch aktiven Frauen hat“, heißt es in der Erklärung. „Das Recht wird dabei mit Füßen getreten und es wird versucht, eine allgemeine Paranoia auszulösen.“

In Riha (Urfa) war am 4. Oktober im Ermittlungsverfahren gegen „KCK-Strukturen“ u. a. auch die Ehefrau des bereits zuvor verhafteten Bürgermeisters der Kreisstadt Suruc, Ethem Sahin, verhaftet worden. Aynur Sahin wurde gemeinsam mit ihrem dreijährigen Sohn Agir inhaftiert.

Der Frauenrat wies weiter darauf hin, dass Hintergrund der Anschuldigungen gegen die BDP in Riha (Urfa) die Tragödie einer Minderjährigen sei: „Die beschuldigten BDP-Frauen haben einer jungen Frau geholfen, die zur Prostitution gedrängt worden war und gleichzeitig drogenabhängig und Gewaltopfer ist. Die Frau wurde im Frauenschutzhaus in Amed (Diyarbakir) untergebracht.“ „Bandenmitglieder“ aus dem früheren Umfeld der Betroffenen hätten sie dazu gebracht, eine Aussage zu machen, dass sie „in die Berge geschickt“ werden solle. Dabei handele es sich um ein Komplott, das von den

Sicherheitskräften entworfen worden sei, um die Arbeit der BDP in Riha (Urfa) zu behindern. „Unsere Freundinnen haben einer Frau geholfen, die Opfer von Gewalt geworden war, und sie in einem Frauenschutzhaus untergebracht. Es stellt sich die Frage, warum eine Frau, die in die Berge geschickt werden soll, in einem Frauenhaus untergebracht wird.“

Abschließend heißt es in der Erklärung: „Wir haben eine Frage an diejenigen, die behaupten, die kurdische Frage werde gelöst und alles werde gut: Wie passt das mit Repression, Drohungen, Festnahmen und Verhaftungen zusammen? (...) Als Frauen sind wir der Auffassung, dass all das nicht nötig ist. Die Lösung ist ganz einfach und beruht auf einer friedlichen Lösung. Für eine Lösung muss die AKP von allen militärischen und politischen Operationen Abstand nehmen und vertrauensbildende Maßnahmen auf den Weg bringen. Alle, die im Rahmen des KCK-Ermittlungsverfahrens inhaftiert worden sind, müssen unverzüglich freigelassen werden und es müssen Friedensgespräche geführt werden. Es sollte eindeutig sein, dass keine Macht der Welt uns Frauen von Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und dem Aufbau einer demokratischen Autonomie abhalten kann. Als BDP-Frauen werden wir uns den Drohungen nicht beugen. Unsere Antwort kann, in Großbuchstaben, nur FREIHEIT lauten.“

(ANF, 07.10., ISKU)

Guerilla veröffentlicht Bilanz für Monat September

Die Volksverteidigungskräfte HPG veröffentlichten am 2.10. die Bilanz über die durchgeführten Militäroperationen, Gefechte und Aktionen. Nach dieser Bilanz hat das türkische Militär 25 Operationen, sechs Luftangriffe und 41 Artillerieangriffe durchgeführt und 13 Waldbrände ausgelöst. Es wurden, obwohl die Guerilla den Waffenstillstand befolgte, ein Guerilla gefangen genommen, 13 Guerillas und 20 Soldaten getötet. Da trotz der einseitigen Waffenruhe die Militäroperationen andauerten, erklärte die Guerilla,

dass sie vom Recht auf Vergeltung Gebrauch machen werde. Das türkische Militär führe verdeckte Aufklärungsoperationen durch und versuche bei jeder Gelegenheit Guerillas zu töten. Aufgrund dieser Operationen kam es zu sechs Gefechten mit der Guerilla. Die HPG erklärten dazu: „In der Region Colemêrg (Hakkari) wurden sehr breite Militäroperationen in Vernichtungsabsicht durchgeführt. Gegen diese vorsätzlichen, feigen, faschistischen Angriffe haben unsere Guerillastreitkräfte von ihrem legitimen

Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch gemacht und eine Vergeltungsaktionen durchgeführt.“ Auf allen Ebenen gehen die Operationen weiter. In Nisêbîn richten Einheiten des türkischen Militärs Hinterhalte an Durchzugswegen der Guerilla ein, das Gabar-Gebiet wird willkürlich aus Kobra-Helikoptern bombardiert. Die Bombardierung der Meder-Verteidigungsgebiete dauerte in den letzten Tagen an. Von den Luftangriffen sind auch mehrere Dörfer im Zagros-Gebiet betroffen. (ANF, 2.10., ISKU)

Zwei Jugendliche wegen Teilnahme am Schulboykott verhaftet

Zwei Jugendliche im Alter von 15 Jahren, deren Namen aus rechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werden, wurden am Sonntag in Kadifekale zusammen mit 13 anderen festgenommen. Die Jugendlichen hatten sich am Schulboykott, der von der Initiative für das Recht auf die eigene Muttersprache organisiert worden war, beteiligt. Sie hatten an einer Demonstration, auf der das Recht auf Bildung in der Muttersprache gefordert wurde, teilgenommen.

Ein Gericht in Izmir stellte nun einen Haftbefehl gegen die beiden aus und übergab sie dem örtlichen Gefängnis. Sie werden der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ sowie der „Zerstörung öffentlichen Eigentums“ angeklagt.

(ANF, 5.10., ISKU)

Todessurteil gegen Gulperipur bestätigt

Das Hohe Gericht des Iran hat das Todesurteil gegen Hebibulla Gulperipur (27) bestätigt. Gulperipur befindet sich seit Herbst 2009 im Gefängnis von Mahabad. Das Gericht in Mahabad hat gegen H. Gulperipur unter dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in der PJAK“ und „Feindschaft zu Allah“ die Todesstrafe verhängt. Seit 2007 sind wegen „Mitgliedschaft in der PJAK“ mindestens 7 Menschen im Iran hingerichtet worden.

(ANF, 6.10., ISKU)

Quellen:

ANF Fırat
Nachrichtenagentur
DIHA Dicle
Nachrichtenagentur

Termine:

Demonstrationen
anlässlich des Jahrestages des Komplotts gegen Abdullah Öcalan

Berlin: 9.10., 14.00 Uhr

Alexanderplatz

Hamburg: 9.10., 14.00 Uhr

Gänsemarkt

Marburg: 8.10., 17.00 Uhr

Kirchplatz

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der Informationsstelle Kurdistan
Stahlwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellen werden.
Senden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org